Bezugspreis
für Halle amtlich der zweimaligen Zustellung 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk., durch die Post 3.25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr 1142
der Bezugs-Abteilung Nr 1133;
Postscheckkonto Leipzig 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unserem Anzeigenteil und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle a. S.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 601. **Halle, Sonnabend, den 23. Dezember** **1916.**

Die amerikanische Note.

WTB. **Berlin**, 22. Dezbr. Der amerikanische Geschäftsträger J. C. Grew überreichte gestern abend dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note, die in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Berlin, 21. Dezember.

Ew. Exzellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mir die Weisung gegeben hat, durch Vermittelung Ew. Exzellenz bei der Kaiserlich deutschen Regierung ein Verfahren mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg in Anregung zu bringen. Der Präsident hofft, daß die Kaiserlich deutsche Regierung es in Erwägung ziehen werde, als eine Anregung, die in freundschaftlichster Gesinnung gemacht ist, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von dem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte. Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, den Vorschlag, den ich Weisung habe, zu übermitteln, zu machen. Er macht ihn in diesem Augenblicke nicht ohne gewisse Verlegenheit, weil es jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er angeregt von dem Wunsche, im Zusammenhange mit dem jüngsten Vorschlage der Zentralmächte eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diesen Schritt zurückzuführen, und der Präsident hätte mit seinem Vorschlage gewartet, bis diese Vorschläge unabhängig davon beantwortet worden wären, wenn seine Anregung nicht auch die Frage des Friedens beträfe, der am besten im Zusammenhange mit den anderen dahinstehenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, daß seine Anregung allein nach ihrem eigenen Werte und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gemacht worden.

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter welchen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung eines Krieges oder die Entfachung irgend eines ähnlichen Konflikts in Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gern bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise selbst dienlich zu sein, oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident nimmt sich die Freiheit, darauf hinzuweisen, daß die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführenden Parteien in diesem Kriege im Auge haben, dem Wesen nach die gleichen sind. Sie haben sie ja im allgemeinen bereits ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft die Rechte und Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen Unterdrückung oder Verneinung gesichert zu sehen wie die Rechte und Freiheiten der großen, mächtigen Staaten, die jetzt den Krieg führen. Jede wünscht sich neben allen anderen Völkern und Nationen in Zukunft gesichert zu sehen gegen Wiederholungen eines Krieges wie des gegenwärtigen, sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jede glaubt, die Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter dem wachsenden Argwohne ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würden, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen, aber jede ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem jetzigen Kriege verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit und territoriale Integrität, sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der am Kriege beteiligten Nationen sicher gewährleisten.

Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes und unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Ihr Interesse an den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor den Gefahren der Zufügung eines Unrechts und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend wie das irgend eines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und die Regierung sind bereit, ja sie sehnen sich danach, nach der Beendigung des Krieges bei der Errichtung dieses Zieles mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß und Mitteln mitzuwirken, aber der Krieg muß erst beendet sein. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendet werden soll, aber der Präsident sieht es als sein Recht und seine Pflicht an, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit es einst nicht zu spät ist, das große Ziel, das sich nach Beendigung des Krieges auftut, zu erreichen, damit nicht die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, ganz unerträglich wird, und damit vor allem nicht die Zivilisation einen nicht zu rechtfertigenden und nicht wieder gut zu machenden Schaden erleidet.

Der Präsident fühlt sich daher vollständig gerechtfertigt, wenn er eine alsbaldige Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch anregt, die den schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorausgehen muß, den jedermann wünscht und bei dem die neutralen Staaten ebenso wie die Kriegführenden bereit sind, in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken. Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist, wenn Millionen und Abermillionen Menschenleben weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn in Erbitterung gefochten werden soll, die sich niemals abkühlen kann, und eine Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf Frieden und ein freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker null und nichtig. Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der großen Familie der Menschheit hat die Lasten und die Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden. Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden. Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben, wie gesagt, diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. In allgemeinen Ausdrücken gehalten scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten noch kein einziges Mal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufrieden stellen würden, daß der Krieg nun auch wirklich zu Ende gefochten wäre. Der Welt ist es überlassen, zu vermuten, welche endgültigen Ergebnisse, welchen tatsächlichen Austausch von Garantien, welche politischen oder territorialen Veränderungen oder Verschiebungen, ja selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würde. Vielleicht ist der Friede näher, als wir glauben. Vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegführenden Parteien es für nötig halten, zu bestehen, nicht so unvereinbar, als manche fürchten. Vielleicht könnte ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen. Der Präsident schlägt keinen Frieden vor. Er bietet nicht einmal seine Vermittelung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die neutralen und kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach die ganze Menschheit mit heißem, wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und das Ziel, das er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden. Er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

*

Die Note bringt nach den vorangegangenen Mitteilungen keine Ueberraschung mehr. Deutschland hat am 12. Dezember im Verein mit seinen Bundesgenossen den Ententeländern bereits ähnliche, ja fast gleiche Vorschläge gemacht; es wird jetzt Sache unserer Gegner sein, zu erwägen, ob man die Vorschläge Wilsons berücksichtigen will oder ob man ihnen ebenso begegnet, wie das seitens der führenden Staatsmänner und der Presse der Ententeländer dem Friedensangebot des Vierbundes geschah. Die Aussicht darauf, daß nun bei unseren Feinden die bessere Einsicht durchbricht, scheint gering; vielleicht aber werden sie sich nach der Note Wilsons die Antwort nochmals überlegen, die sie dem Vierbund geben. **Man kann das wünschen, wenn man auch daran zweifelt.**

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien**, 22. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Kein Ereignis von Belang.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

Beiderseits des Trotus-Tales erfolglose feindliche Unternehmungen.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Deutsche Truppen stießen durch zwei feindliche Stellungen bis Zwyzyn vor und kehrten mit Beute und Gefangenen zurück.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

c. B. **Bern**, 22. Dezember.

Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus dem Haag: Obwohl der Inhalt der Antwort der Entente geheimgehalten wird, sickert durch, daß der Wortlaut nicht glatt abweisend sei, sondern die Bekanntgabe der deutschen Bedingungen nahelegen würde.

Den Kommentar dazu gibt Bonar Law, wie aus nachstehender Depesche hervorgeht. Seine Aeußerungen klingen nicht so, daß man der Entente-Note, mag sie der Form nach auch nicht ganz ablehnend sein, irgendwelches Vertrauen entgegenbringen kann. Er bleibt bei den alten, oft genug mit dem Hinweis auf die Funde in den belgischen Archiven widerlegten Anschuldigungen.

c. B. **Rotterdam**, 22. Dezember.

Aus London meldet der „Nieuwe Rotterdamsche Cour.": Im Unterhause erklärte Bonar Law gestern abend: Weshalb leiden wir in diesem Lande unter diesem furchtbaren Kriege? Weshalb hält die britische Regierung ihn aus? Weil wir Deutschland vertrauten, weil wir nicht glaubten, daß das Verbrechen, das Deutschland der Welt gegenüber beging, überhaupt von irgendwelchen menschlichen Geschöpfen begangen werden könnte. Einige Mitglieder des Unterhauses haben gesagt, laßt uns die deutschen Friedensbedingungen anhören. Können wir aber ein bindenderes Versprechen erhalten, als der Vertrag über die belgische Neutralität war? Kann man uns ein Versprechen geben, das uns mehr Sicherheit böte als das, was wir vor dem Kriege bezüglich Belgiens hatten? Ich wünsche, daß nicht nur in diesem Lande, sondern in allen Ländern die Völker für die Lage, wie sie ist, Verständnis zeigen. Auf welcher Grundlage macht Deutschland seine Vorschläge?

c. B. **Washington**, 21. Dezember.

In amtlichen Kreisen wird die Rede Lloyd Georges dahin aufgefaßt, daß sie die Friedensthür nicht schließe. Sie wird im übrigen als ein geschickter diplomatischer Zug betrachtet.

T. U. **London**, 22. Dezember.

Die „Times" schreiben über die Note Wilsons: Wir hegen nicht den geringsten Zweifel über die Aufnahme, welche dieses Dokument bei den verbündeten Nationen und Regierungen finden wird. Die Mittelmächte sowie Bulgarien und die Türkei werden Wilsons Note vermutlich mit Freuden begrüßen, da ihnen dieselbe Handlungsweise empfohlen wird, zu der sie die Ententemächte hatten zwingen (!) wollen. Die leitenden Minister der alliierten Länder haben, unterstützt durch die übergroße Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften in deutlichen und kräftigen Worten ihre besonderen Forderungen auseinandergesetzt. Es braucht daher kaum gesagt zu werden, daß jede Abweichung von dieser Haltung bei aller Ehrerbietung vor der Meinung Wilsons vollkommen undenkbar ist. Die Gefühle, welche Wilsons unerwarteter Schritt hier erweckt hat, sind in erster Linie Erstaunen, welches noch verstärkt wird durch den Beifall, mit welchem die führenden Organisationen der öffentlichen Meinung in Amerika nach Lloyd Georges Verwerfung des deutschen Antrages. Der auffallende Kontrast kann nur die Vermutung hervorrufen, daß Wilson die Pläne Deutschlands unterstützt und nicht imstande gewesen ist, die Meinung des besten Teiles der amerikanischen Nation richtig einzuschätzen. Die amerikanischen Blätter haben Lloyd George ihren aufrichtigen Beifall bezeugt, als er den Widerspruch beschrieb, welcher in den Zielen der beiden Kriegsparteien vorherrsche, während Wilson jetzt durch einen merkwürdigen Gedankengang zu dem Schluß gekommen sei, daß das Ziel beider tatsächlich dasselbe sei.

*

Ein kanadischer Schriftsteller über den Frieden.

T. U. **London**, 21. Dezember. In der „Nation" schreibt der bekannte Schriftsteller Mac Lare über die Friedensbesprechungen: Als einem kanadischen Soldaten vor einiger Zeit die Frage vorgelegt wurde, welche Meinung unter den kanadischen Truppen herrsche, antwortete er: „Wenn Deutschland einige Neigung zeigt, den Frieden zu fördern, so hoffe ich, daß die Verbündeten ihre Bedingungen nicht in die Höhe schrauben werden und wie es scheint, daß sie es auch tun wollen." Bedeutungsvoll fügte er hinzu: „Wir sind nicht aus Kanada gekommen, um den deutschen Handel zu boykottieren."

*

Der internationale Kongreß zum Studium eines dauerhaften Friedens.

WTB. **Bern**, 22. Dezember. (Schweizerische Depeschenagentur.) Eine Versammlung der Mitglieder des Schweizer Ehrenkomitees und der lokalen Organisationskomitees des internationalen Kongresses zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens hörte heute im Bürgerhause in Bern einen Vortrag von Scherrer-Füllemann aus St. Gallen über die Studienarbeit in den neuen internationalen Studienkommissionen, denen Staatsmänner, Politiker und Gelehrte aus 20 verschiedenen Ländern angehören. Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntnis von dem Fortgang dieser Studien, deren Ergebnis in einem Werk zusammengefaßt worden sind. Dieses Werk hat in der führenden Presse eine gute Aufnahme und Besprechung gefunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19161223019/fragment/page=0001

Seit verschiedene Staatsmänner die Neutralen direkt aufforderten, auch während des Krieges die zwischenstaatliche Organisation zum Gegenstand ihrer Studien zu machen, wird dem Berner Kongreß in Zukunft keine Schwierigkeit erwachsen. Die Versammlung beschloß, an der Resolution vom 18. Dezember 1915 festzuhalten und den Kongreß im geeigneten Augenblick im Verein mit dem Exekutivkomitee der internationalen Zentralorganisation zusammenzurufen.

Frankreichs Unversöhnlichkeit als politischer Faktor.

Von Dr. Mallachow-Halle.

I.

Frankreich hat seine Politik auch nach 1871 vollkommen selbständig getrieben und sich hierbei uns gegenüber lediglich von Gefühlen der Unversöhnlichkeit leiten lassen. Daß es sich zum Kampfe gegen Deutschland nach Bundesgenossen umsah und sie auch fand, nimmt ihm nichts von der vollen Verantwortung seiner freien Selbstbestimmung. Wie auch Fürst Bülow in seiner Deutschen Politik (Verlag Hobbing, 1916) eingehend darlegt, war die Unversöhnlichkeit Frankreichs ein Faktor, den jeder Tiefersehende seit 1871 in die politischen Berechnungen einstellen mußte. Unserm ehemaligen Reichskanzler ist es, wie er sagt, immer schwächlich erschienen, die Hoffnung zu nähren, Frankreich wirklich und aufrichtig versöhnen zu können, solange wir nicht die Absicht hatten Elsaß-Lothringen wieder herauszugeben. Und diese Absicht war und ist in Deutschland selbstverständlich nicht vorhanden. Gewiß gab es eine Menge Einzelfragen, wo wir Hand in Hand mit Frankreich gehen und namentlich zeitweise mit ihm zusammengehen konnten; mit Recht waren wir bestrebt, höfliche, ruhige und friedliche Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus aber durften wir keinen Phantasmen nachjagen, sonst konnte es uns gehen wie dem Astronomen bei Lafontaine, der, während er nach den Sternen blickte, in das Loch fiel, das vor seinen Füßen lag und das er nicht gesehen hatte. Das Loch in diesem Falle le trou les Vosges.

Es ist ja sattsam bekannt, wie offiziös die öffentliche Meinung gegen uns bei den Gedenktagen vor dem Standbild Elsaß-Lothringen in Paris Jahr für Jahr aufgepeitscht, wie von oben her das Treiben der französischen Geistlichkeit und Presse, voran des Matin, gegen uns genährt und wie selbst die Seelen der Schulkinder durch scharf hetzende Lesestücke und patriotische Feiern gleichen Stiles vergiftet wurden.

Selbst solche Franzosen, die derartig unversöhnlichem und hetzerischem Treiben abhold waren, hielten aus Ehrgefühl eine Verständigung mit uns nur bei Herausgabe der beiden umstrittenen Provinzen für möglich. Nie und nimmer wollten sie es zugeben, daß wir diese Länder, auf deren Besitz Deutschland auch ein altes Recht hatte, nicht nur um dieses unseres alten Rechtes willen und nicht aus Landgier genommen hatten, sondern um unseren und den gesamten europäischen Frieden vor steter französischer Angriffslust zu sichern. Denn wenn immer sich Frankreich unter einem Ludwig XIV., einem Napoleon I. oder einem Delcassé auf der Höhe wähnte, hat es in agressiver Lust zum Sturm gegen seinen östlichen Nachbar geblasen. Das wurden dann die Glanzblätter seiner ruhmreichen Geschichte, während für Deutschland die schönsten kriegerischen Lorbeern in seinen Befreiungs- und Verteidigungskriegen wuchsen und es sonst sein höchstes Streben nur für die Palme des Friedens einsetzte. Selbst ohne Verständnis für die Notwendigkeit eines realen Schutzes unserer Lande vor französischen Eroberungskriegen, werfen die französischen Patrioten uns noch Verständnislosigkeit vor. So schrieb Anfang 1914 ein namhafter französischer Geschichtsforscher — ich übersetze —: „Frankreich läßt nicht die unheilvolle Bismarcksche Schöpfung zu, es läßt nicht den Beweis von der Rassenzugehörigkeit zu, auch nicht daß die Kraft genügt zur Schaffung eines Rechtes über die Seelen. Und die Deutschen werden es niemals begreifen, niemals, daß wir an Elsaß-Lothringen durch eine Ehrenpflicht gebunden sind." Und um dieselbe Zeit faßte ein anderer französischer Historiker in der angesehensten Pariser Monatsschrift, der Revue des deux mondes, sein Urteil dahin zusammen: „Es liegt buchstäblich ein Abgrund zwischen Frankreich und Deutschland, und nichts kann ihn ausfüllen."

Vornehmlich in Frankreichs auswärtiger Orientierung ist die besprochene Sinnesrichtung zum ausschlaggebenden Faktor geworden. Das zeigt sich in den letzten Jahrzehnten bei allen Aktionen der großen Politik, so bei dem Zwischenfall von Faschoda, in der Marokkofrage, wie endlich in seinen Bündnisverträgen. Als Ende des Jahres 1898 Frankreich nach dem Siege Kitcheners über die Anhänger des Kalifen Abdullah bei Omdurman das kurz vorher vom Major Marchand besetzte Faschoda aufgeben und auf seine Sudanpläne verzichten mußte, gingen die Wogen des schwerverletzten französischen Nationalgefühls so hoch, daß kriegerische Verwicklungen zwischen den beiden beteiligten Westmächten unvermeidlich schienen, und die neue Niederlage am Nil schien die Erinnerung an die alte Schmach von Sedan und Metz bei unsern Nachbarn vergessen zu machen. Doch wenige Zeit, und der alte Groll erwies sich wieder als die stärkste Triebkraft. Lieber wollte Frankreich auf einen stolzen Lieblingsgedanken im Orient verzichten, als gegen den englischen Demütiger eine Annäherung bei Deutschland suchen. Sechs Jahre darauf zog man aus demselben Leitmotiv der Unversöhnlichkeit gegen uns weitere Folgerungen: Im französisch-britischen Vertrage von 1904 verzichtete Frankreich auf die Räumung Aegyptens durch England, während dieses sich mit jeder organisatorischen und wirtschaftlichen Handlung der französischen Republik in Marokko im voraus einverstanden erklärte, selbst auf die Gefahr einer „Tunisification" des bedeutenden afrikanischen Landstriches. Bei diesem Handel jedoch war Marokko — auch nach Ansicht des Fürsten Bülow — den Franzosen nicht so sehr Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: einmal wollte Frankreich der Welt zeigen, wie ohnmächtig wir in der Behauptung unserer alten verbrieften Rechte von hohem Wert seien, sobald sich über diese England und Frankreich verständigten. Vornehmlich erstrebten unsere westlichen Nachbarn mit dieser Aktion auch die Möglichkeit der Schaffung einer „schwarzen Macht", mit der man bei der unabweislich kommenden Abrechnung mit dem preußisch-deutschen „Militarismus" den französischen Geburtenrückgang wettmachen konnte. Bereits drei Jahre darauf schrieb der belgische Gesandte Baron Greindl, die französische Anmaßung sei so schlimm geworden, wie in den bösesten Tagen des zweiten Kaiserreiches; die Entente cordiale habe dies verschuldet. Und wie Frankreichs und Englands herzliche Verbrüderung seit 1904, so hatte auch das französisch-russische Bündnis seine Spitze gegen Deutschland, indem sich beide beteiligten Staaten gegenseitig militärische Hilfe bei einem von Deutschland unternommenen Angriff gegen einen von ihnen versprachen. Außerdem bedang sich Frankreich bei Hingabe seiner zwanzig Milliarden Darlehn den Ausbau der Weichsel-, Bober- und Narewfestungen und der entsprechenden strategischen Eisenbahnen aus, während Rußland auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit bei seinem Verbündeten drängte. Eine entsprechend unversöhnliche deutschfeindliche Haltung beobachtete Frankreich auch 1906 auf der die marokkanische Krise einstweilen beilegenden Algeciras-Konferenz, gegen die hier vereinbarte Akte und deren spätere Ergänzung im deutsch-französischen Marokkoabkommen vom 9. Februar 1909. Den Nach unversöhnlicher Feindschaft gegen Deutschland — wenn auch in schwächerem Grade — atmete endlich die französische Stimmung 1908 angesichts der bosnischen Frage.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

(Wiederholt. Bereits im größten Teile der gestrigen Abendauflage enthalten.)

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Dezember 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nahe der Küste, im Somme-Gebiet und auf dem Ostufer der Maas war die Artillerietätigkeit in den Nachmittagsstunden gesteigert.

An der Yser wurde ein belgischer Posten aufgehoben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Düna und am Stokod hielt das russische Artilleriefeuer längere Zeit an. Der Vorstoß von zwei feindlichen Kompagnien südöstlich von Riga wurde abgewiesen.

Nordwestlich von Zalocze drangen deutsche Stoßtruppen in die beiden vorderen Stellungen der Russen und in das Dorf Zwyzyn ein und kehrten nach Sprengung von vier Minenwerfern mit 34 Gefangenen und zwei Maschinengewehren zurück.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Ein Nachtangriff des Gegners am Czuelemer (nördlich des Trotusul-Tales) scheiterte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

In der Großen Walachei hat sich die Lage nicht geändert. Die Dobrudscha-Armee machte Fortschritte und nahm den Russen 900 Gefangene ab.

Mazedonische Front.

An der Struma Patrouillengeplänkel.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Marghiloman über Rumäniens Krieg.

e. B. Budapest, 21. Dezember.

Der Bukarester Korrespondent des „A Vilag" hatte dort eine Unterredung mit Marghiloman. Auf die an ihn gerichtete Aufforderung, sich zu äußern, sagte er: Dies ist heute sehr schwierig, da doch die Waffen sprechen. Er sei übrigens über die letzten Ereignisse nicht orientiert. Auf die Frage, ob ihm Bratianu eine Rolle in der Kriegspolitik zugedacht und ein Portefeuille angeboten habe, antwortete Marghiloman: Dies entspricht den Tatsachen. Nach dem Kronrate, der den Krieg beschloß, wurde ich sofort aufgefordert, ein Portefeuille zu übernehmen. Ich wies natürlich dieses Angebot entschieden zurück, da ich doch die Neutralität befürwortet hatte. Ich wollte für die Kriegserklärung keine Verantwortung übernehmen. Nach dem Rückzuge aus Siebenbürgen wurde ich neuerlich und in dringender Form aufgefordert, ins Kabinett einzutreten, sagte aber wieder entschieden nein, da ich für diesen Krieg gar keine Verantwortung übernehmen wollte. Marghiloman verneinte die Frage, ob er Trepows Rede gelesen habe, und sagte über das Verhältnis Rumäniens zu Rußland: Ich möchte mich nicht äußern. Von Dieu, Rußland ist Rumäniens Verbündeter in der Dobrudscha. In der Moldau kämpfen russische Soldaten, und ich bin ein Rumäne. Ich habe aber nie mit der Meinung zurückgehalten, daß Konstantinopel in russischer Hand eine Sache ist, die mir höchst ungemütlich erscheint. Die Bedenken wegen des russischen Konstantinopels bewogen mich hauptsächlich, gegen den Krieg Stellung zu nehmen. Auf die Frage, ob das Endergebnis des Krieges nicht eine Rückwirkung auf Rumäniens Unabhängigkeit haben würde, antwortete Marghiloman: Aufrichtig gesagt, bange ich selbst in diesen traurigen Tagen für die Unabhängigkeit und die nationale Existenz Rumäniens nicht. Ein unabhängiges Rumänien ist eine europäische Notwendigkeit, ein Erfordernis der europäischen und der Balkanpolitik. Es wäre ein schwerer Fehler, sich gegen die Unabhängigkeit Rumäniens zu vergehen, und ich bin überzeugt, daß man diesen Fehler nicht begehen wird. Sehen Sie, ich bin nicht der einzige rumänische Politiker, der in Bukarest verblieben ist. Zahlreiche Mitglieder der konservativen Partei, gewesene Minister und bekannte Staatsmänner blieben hier. Wir kommen zusammen, tauschen Gedanken aus. Wir leben nicht in Illusionen über die tatsächliche Lage, aber wenn die Zukunft unseres Vaterlandes zur Sprache kommt, dann sind wir nicht verzweifelt.

Auf die Frage, ob er eine Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Rumäniens übernehmen wolle, antwortete Marghiloman: Ich hoffe, ich werde Gelegenheit haben, für mein Vaterland noch zu arbeiten. Ich bin überzeugt, meine kon-

Der Sohn des Großkaufmannes.

Roman von Lola Stern.

(39. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Auf dem Wege in die Stadt ging er in ein Blumengeschäft und kaufte wieder die herrlichsten Rosen, die er ihr mit seinen Grüßen sandte.

In der Theaterschule wurde er umringt und gefragt von den Freunden wegen seines gestrigen Fernbleibens, wegen seiner strahlenden Augen.

„Ihnen ist etwas Gutes passiert", sagte Mia Berger, „das Glück strahlt Ihnen ja förmlich vom Gesichte."

Und Irene fragte: „Haben Sie Nachrichten von der Herzliebsten erhalten?"

„Sie ist da!" rief Gert und erzählte von ihrem Kommen und seiner Seligkeit. Und pries ihre Liebe und ihre Schönheit den Horchenden in leuchtenden Farben.

Sie wollten sie alle kennen lernen, sie wollten sie alle sehen, bewundern, ihr die Fremde zur Heimat machen helfen. Und Gert dankte ihnen allen. Ihm schien, es gab nur gute und frohe Menschen auf der Welt.

Aber auch heute noch war er beim Unterrichte zerstreut und nervös.

„Wann sehen wir Sie bei uns mit Ihrer Braut?" fragte ihn Irene, als sie auseinandergingen.

„Ich bringe sie Ihnen bald", sagte Gert. „Grüßen Sie Ihren Gatten tausendmal."

Gert fuhr nach der Hardenbergstraße, wo er von Anitai jubelnd begrüßt wurde.

„Mir ist der Morgen endlos lang geworden", sagte sie, „ich habe die Stunden gezählt bis zu deinem Kommen. Nun aber bleibst du heute bei mir, nicht?"

„Und meine Arbeit?" fragte er.

„Heute nur, heute nur noch schenke mir", bettelte sie, „ich habe dich ja so lange entbehren müssen und in Zukunft will ich auch vernünftig sein." Und er fühlte, wie er schwach wurde unter ihren Bitten und Zärtlichkeiten.

Sie speisten in ihrem kleinen Salon; die gemeinschaftliche Mittagstafel der Pension unten im Eßzimmer lockte sie alle nicht. Und nach dem Essen sagte Heinrich Schüler:

„Nun wollen wir vernünftig über die Zukunft sprechen."

„Ich habe den ganzen Morgen daran gedacht", sagte Gert schwer. „Es ist mir entsetzlich, mit leeren Händen vor Anitai zu stehen, sie nicht zu bitten, bald, gleich meine Frau zu werden. Aber wie kann ich das? Auch jetzt, auch nach eurem Kommen muß ich dasselbe sagen, was ich schon schrieb, muß ich Anitai bitten, zu warten!"

„Nein, nein, Gert!" sagte sie leidenschaftlich. „Nicht länger warten. O du, das Leben ist kurz und nur die Jugend ist schön! Und sie ist so bald dahin. Wir wollen nicht warten, Gert. Wir wollen das Glück halten und genießen, solange wir jung sind und unsere Herzen heiß und unsere Seelen offen für alles Schöne, und für die Liebe!"

Er sah sie an, wie sie da vor ihm saß mit leuchtenden Augen, mit Haaren, die schimmerten wie gesponnenes Gold. Und er sagte seufzend:

„Es ist sehr schwer, Anitai, dich zu sehen, dich zu hören und doch vernünftig zu bleiben. Aber ich muß es sein. Ich bin erst auf dem Wege, etwas zu werden. Ich muß dich bitten, Geduld mit mir zu haben."

Sie fragte voll tiefer Enttäuschung: „Bin ich darum gekommen? Willst du mich verlieren, nachdem du mich eben erst wiedergefunden?"

Ihn packte eine plötzliche Angst. „Nein, nicht verlieren. Nicht wieder auseinandergehen. Alles, nur das nicht!"

Heinrich Schüler sagte: „Es ehrt dich, Gert, daß du meinst, noch nicht heiraten zu können, weil du noch nichts erreicht hast. Aber wie die Dinge nun liegen, ist es doch das beste, wenn ihr sobald als möglich heiratet. Ich bin reich — du weißt es — und ich bin Gott sei Dank in der Lage, Anitai bei ihrer Verheiratung so viel zu geben, daß ihr sorgenfrei und glänzend leben könnt. Du kannst deine Studien in Ruhe vollenden, du brauchst nicht das erste beste Engagement anzunehmen, nur um zu verdienen; für euch wird gesorgt sein."

Gert drückte ihm die Hand und sagte: „Ich danke dir, lieber Vater. Aber ich kann das nicht annehmen. Ich kann nicht von dem Gelde meiner Frau leben!"

Sie rief in jähem Erschrecken: „Gert! Gert! Was redest du da? Nennst du das Liebe, wenn du das Mein und Dein auseinanderhalten willst? Ist nicht alles, was mein ist, dein, nicht alles, was dir gehört, mein?"

Er sagte: „Ich habe nichts. Nichts, nichts, was auch dir gehören könnte, mein Lieb." Und seine Stimme war sehr traurig.

„Das ist nicht wahr! Gibt es denn nur äußere Güter im Leben? O Gert, du gerade hast doch gezeigt, wie gering du sie achtest. Und gehört mir nicht dein Herz? Und deine reiche Seele? Sind deine Gedanken nicht auch mein? Und deine Arbeit, dein Streben, deine Kunst? Kannst du mir das nicht alles geben, mich einführen in deine innere Welt? Und mich reich machen, indem du mich Anteil haben läßt an allem, was dich betrifft, an allem, was dich freut oder quält? Ist das nicht mehr, viel mehr als alle die Güter, die ich dir geben kann?"

Er küßte ihre Hände. „Du wundervolle Frau! Gibst du mir nicht auch deine Seele? Und deine Gedanken? Und alles, was dein? Und daneben noch alles andere? O Anitai, Anitai, ich kann es nicht ertragen, so arm vor dir zu stehen."

Sie legte ihm die Hand auf den Mund und Heinrich Schüler sagte kopfschüttelnd: „Ihr redet wie zwei Kinder! Statt euch zu freuen, daß ihr vor materiellen Sorgen geschützt sein werdet, sprecht ihr fast so, als sei es ein Unglück, reich zu sein!"

„Es ist ein Glück", sagte Gert, — „aber nur dann, wenn beide Teile etwas haben oder auch der Mann."

„Warum das?" fragte sie, „glaubst du, für eine Frau könne es nicht ebensogut schwer sein, sich alles, alles vom Manne geben zu lassen? Aber bei zwei Menschen, die sich wirklich lieben, ist es überhaupt gleich. So sollst du das Ganze empfinden, Gert, und nicht wie etwas Fremdes, dein eigenes soll es sein."

Gert war aufgesprungen und schritt im Gemach auf und ab. „Laß uns warten, Anitai", bat er, „bis ich etwas verdiene."

Sie sah mit großen traurigen Augen auf ihn und ihr Vater fragte: „Weißt du auch, wie lange das noch dauern kann, Gert? Und weißt du auch, was so ein junger Schauspieler zuerst verdient? Zum Verhungern zu viel und zum Leben zu wenig. Und wo sollte Anitai so lange bleiben? Soll ich sie hier allein lassen, das Kind allein in der fremden Stadt, unter neuen Verhältnissen, wo sie nur dich hat, der arbeiten muß, der ihr nicht immer zur Verfügung steht?

Und auch dich, Gert, würde dieser Zustand zersplittern. Du würdest nicht genügend Zeit für deine Arbeit finden und nicht genügend Zeit für Anitai. Ganz, ganz anders ist es, wenn ihr verheiratet seid, eure schöne Häuslichkeit habt, wo ihr zu jeder Stunde zusammen seid, wo du arbeiten kannst, ohne daß Anitai es schwer empfindet. Nur so, nur dann könnt ihr glücklich sein. Ich muß bald zurück, in einigen Monaten spätestens."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19161223019/fragment/page=0002

servativen Parteifreunde und ich werden noch zu Worte gelangen. Sodann erklärte Marghiloman: Für den Krieg ist Bratianu verantwortlich, der keine Minute neutral war. Ich bemerkte dies sofort bei Ausbruch des europäischen Krieges und nahm stets gegen ihn Stellung. Ich tat alles, um mein Volk aufzuklären und auf Bratianu einen Gegendruck auszuüben. Leider hielten Bratianus Parteifreunde hartnäckig an ihrer Kriegspolitik fest. Auf die Frage, ob das Schlagwort von der Befreiung der siebenbürgischen Rumänen den Ausschlag gab, erklärte Marghiloman, nach seiner tiefsten Ueberzeugung gebe es in Siebenbürgen und im Banat keine rumänische Irredenta. Die ungarländischen Rumänen sehnen sich nicht über die Grenze. Sie geben ihrem Könige treue Soldaten.

Auf die Frage nach der Rolle König Ferdinands antwortete Marghiloman mit dem Hinweise auf die parlamentarischen Verhältnisse in Rumänien: Die liberale Partei Bratianus hatte die Majorität. Auch Take Jonescus Partei wollte den Krieg. Ein Teil der Konservativen, der nicht unter meiner Führung stand, war ebenfalls für den Krieg. Rumänien ist ein Verfassungsstaat und König Ferdinand ein verfassungsmäßiger Herrscher. Als solcher befolgte er die Politik der Majorität. Auf die Frage, ob der Krieg vermieden hätte werden können, antwortete Marghiloman: Schwer, aber vielleicht doch. Bratianu wollte von Anfang an den Krieg. Es geschahen dann beiderseits Fehler, aber von unserer Seite die größeren. Marghiloman begrüßte schließlich das Friedensangebot und sagte, dieses werde sicherlich Früchte tragen.

•

Bratianu bleibt.

c. B. Rotterdam, 22. Dez. Reuter meldet aus Jassy, daß die ministerielle Krise, in der Bratianu seine Entlassung erbat, beendet sei. Bratianu hat sein Gesuch zurückgenommen.

•

c. B. Budapest, 22. Dez. „Temps" meldet aus Jassy, daß die Verhandlungen des rumänischen Kabinetts auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Bratianu erklärte, die Beamten der Behörden der ausgestedelten Ortschaften sind lauter deutschfreundliche Personen, und dies bildet die Gewähr dafür, daß die rumänische Bevölkerung keinen großen Bedrängnissen ausgesetzt sein wird. Sämtliche Mitglieder des rumänischen Kabinetts hatten, wie gemeldet, nach dem Falle Bukarests dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles angeboten, der hierüber dem Könige Bericht erstattete und auf dessen Aufforderung hin seine Ministerkollegen ersuchte, im Amte zu bleiben. Seither verhalten sich aber die rumänischen Minister im passiven Widerstand so daß Bratianu ganz allein die Regierungsgeschäfte leitet. Bratianu befindet sich größtenteils im rumänischen Hauptquartier. König Ferdinand hat sich vor einigen Tagen nach dem rumänischen Hauptquartier begeben.

Zur Frage der rumänischen Getreidevorräte.

Man schreibt uns aus Berlin:

Die bekannte englische Zeitschrift „The Spectator" schrieb am 2. Dezember 1916 im Zusammenhange mit der immer schwieriger werdenden englischen Nahrungsmittelversorgung: „Der große Lebensmittelorganisator muß den Erdball ‚auskämmen', um Nahrungsmittelvorräte zu erhalten." Eine eigentümliche Ironie des Schicksals will es, daß in dem Augenblicke, in welchem den Aushungerern Deutschlands diese unangenehme Situation ihrer eigenen Versorgung zur peinlichsten Gewißheit wird, wir, die man aushungern wollte, in den Besitz einer der fruchtbarsten Getreidedistrikte Europas gelangt sind.

Allein, nichts wäre verfehlter, als die wirtschaftlichen Wirkungen der Eroberung der Walachei auf unsre Nahrungsmittelversorgung allzu optimistisch einzuschätzen. Die Ziffern über die Getreidevorräte, welche Rumänien am 1. Juli 1916 besaß (1 600 000 Tonnen), sowie diejenigen über die diesjährige Ernte (4 400 000 Tonnen) könnten aber leicht zu einem solchen Optimismus führen, wenn man sie so hinnimmt, wie sie auf dem Papiere stehen. Diese Ziffern legen freilich, besonders für die allgemeine Orientierung, ein wichtiges Zeugnis für die Fruchtbarkeit der von uns besetzten feindlichen Gebiete ab, aber eine andere Frage ist es ob wir hieraus unmittelbare Schlüsse auf die Weiterentwickelung unserer Getreideversorgung im Kriege ziehen dürfen. Noch wissen wir nicht, welcher Teil — denn um einen solchen kann es sich nur handeln! — von den genannten Zulidebständen noch übrig und wieviel von diesem Teile in unsere Hände gefallen ist oder noch fallen wird. Was aber die jetzige Ernte angeht, so ist ebenfalls zu bedenken, daß wir bisher nur einen Teil Rumäniens, wenn auch den fruchtbarsten, erobert haben, daß nicht unerhebliche Bestände von den Rumänen und vor allem von den Russen vernichtet sein werden, und daß das rumänische Heer sicherlich einen starken Verbrauch aufgewiesen hat, der einen besonderen Abzug von den Beständen bedeutet. Alle diese Momente sind vorläufig noch zumindest „Unsicherheitsfaktoren", welche jede Berechnung auf Grund von früheren Beständen und Ernteermittelungen als theoretisch erscheinen lassen. Erst wenn wir wissen, was wir tatsächlich an Getreidevorräten in Rumänien in Händen halten, kann eine sichere Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Postens unserer Getreideversorgung vorgenommen werden.

Selbst aber wenn jene Bestände so reichlich sind, wie wir hoffen, bleibt zu bedenken, daß auch die Anforderungen an jene Bestände im Wachsen sind. Auch unsere Verbündeten benötigen Brotgetreide, wo es nur beschafft werden kann. Immerhin werden wir vielleicht in der Lage sein, unsere Futtermittelversorgung etwas zu steigern und dadurch den Fettmangel zu lindern. Denn wenn von einzelnen Seiten gefragt worden ist, ob wir nicht durch noch höhere Ausmahlung des Brotgetreides (bis zu 97 Prozent) mehr Brot erzeugen könnten, so ist diese Frage leider deshalb zu verneinen, weil wir die Kleie unbedingt für unsere Viehzucht, zumindest bis zum nächsten Frühjahr, benötigen. Um so wichtiger wäre es, wenn wir durch die rumänischen Bestände unsere Futtermittelvorräte während des Winters etwas aufbessern könnten.

Die hier gemachten Bemerkungen sollen nicht unsere große Freude über die Bedeutung des eroberten Rumäniens für unsere Ernährung, welche ja auch in feindlichen Blättern unumwunden anerkannt wurde, herabmindern. Sie sollen nur einem ungerechtfertigten Optimismus vorbeugen. Nicht nur wir, sondern auch gottlob unsere Feinde, aber auch die Neutralen, ja selbst Kornkammern der Welt wie die Vereinigten Staaten von Amerika stehen unter dem Zeichen einer Teuerung, welche noch lange nicht behoben werden wird. Auch die Engländer gaben sich seit langem immer wieder der Hoffnung hin, daß es mit der Teuerung in ihrem Lande wieder einmal besser werden könnte. Bald waren es Riesenernten in Nordamerika, bald die in Australien lagernden Vorräte, bald die von der Regierung gecharterten Schiffe, welche Erleichterung bringen sollten. Alle diese Hoffnungen sind regelmäßig fehlgeschlagen. Heute kostet Weizen in England bis zu 410 Mk. die Tonne gegen 260 Mk. in Berlin, und gleichzeitig sind alle übrigen Nahrungsmittel einer gewaltigen Preissteigerung unterworfen. Auch Mais kostet heute in England ca. 300 Mk. die Tonne, ca. 150 Prozent mehr als im Frieden. England aber hat uns gegenüber den Nachteil, daß es sich bezüglich seiner Nahrungsmittel auf andere verlassen muß, während wir zwar knappe Vorräte haben, aber zumindest wissen, was wir haben; wir haben ferner seit nunmehr zwei Jahren Organisationen, welche die Verteilung unserer Vorräte über das ganze Jahr und an jede berechtigte Person im Deutschen Reiche vornehmen. England steht mit seinen neuesten Maßnahmen zur stärkeren Ausmahlung des Getreides, Bestandsaufnahmen u. dgl. organisatorisch erst dort, wo wir zu Ende des Jahres 1914 standen. Ob es England gelingen wird, die Organisation rasch und wirksam weiter auszubilden, muß sehr fraglich erscheinen, vor allem, weil jetzt in England alle Lebensmittel von der Teuerung erfaßt sind. Wir stehen jedoch dank unserer frühzeitigen Organisation auf einer sicheren, wenn auch schmalen Basis. Gerade deshalb aber ist zwar jeder Pessimismus unangebracht, aber ein allzu großer Optimismus gegenüber diesem oder jenem erfreulichen Ereignis in unserer Kriegsernährung könnte uns andererseits allzu leicht von der bewährten Bahn größter Vorsicht in unseren Berechnungen abbringen. Gerade aber England gegenüber, welches in alle seine Berechnungen die immer erfolgreicher wirkenden Taten unserer tapferen U-Boote als den größten Unsicherheitsfaktor einzustellen hat, ist die Sicherheit dessen, was wir haben, unser größter Vorteil. Zur Erhaltung dieser Sicherheit aber ist, solange der Krieg währt, immer eins erforderlich: daß wir ohne Ueberschätzung mit größter Vorsicht, Strenge und Sparsamkeit unseren Wirtschaftsplan im Kriege nach denjenigen Vorräten bemessen, welche wir tatsächlich haben.

Griechenland.

Die griechischen Reservisten gegen die Annahme des Ultimatums.

c. B. Rotterdam, 22. Dezember.

Der heutige „Daily Telegraph" meldet aus Piräus: Die Reservistenliga und die Militärpartei versuchen es dahin zu treiben, daß die griechische Regierung die Annahme des Ultimatums der Ententemächte widerruft, weil sonst im Lande eine Lage entstehen würde, deren die Regierung nicht mehr Herr werden könnte. Unter den Ententediplomaten herrschen starke Befürchtungen über die Möglichkeiten, die sich aus den heutigen Verhältnissen noch ergeben könnten.

c. B. Wien, 22. Dezbr. „Az Est" berichtet aus Sofia: Griechenland hat zwar das Ultimatum der Entente angenommen, es scheint jedoch, daß General Sarrail sich immer noch nicht genügend sicher fühlt, denn seine Armeen bewegen sich überhaupt nicht. Selbst die Aufklärungsversuche seiner Truppen sind zur Ruhe gekommen. Eine verhältnismäßige Rührigkeit ist nur an der ostmazedonischen Front zu beobachten. Von Tag zu Tag scheint es deutlicher, daß General Sarrail vorerst warten will, bis Griechenland die im Ultimatum geforderten Maßnahmen durchgeführt haben wird.

T. U. Lugano, 22. Dezember. Der Athener Korrespondent des Corriere della Sera brachte seinem Blatte, daß infolge der Blockade der Entente nur noch Maisbrot in der Stadt vorhanden sei.

•

Venizelos Regierung nicht anerkannt.

T. U. Lugano, 22. Dezember. Der römische Vertreter des „Corriere della Sera" stellt auf Grund einer autoritativen Information fest, daß die Tatsache, wonach die Entente den amtlichen Verkehr mit den Agenten von Venizelos aufgenommen habe, nicht gleichbedeutend sei mit der Anerkennung der Regierung Venizelos, an Stelle der königlichen Regierung in Athen durch den Vierverband.

Frankreich.

Briands Stellung gefestigter?

c. B. Bern, 22. Dezember.

Wie der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten" telegraphiert, nahm man aus der gestrigen Sitzung des Senats den Eindruck mit, daß die Stellung des Kabinetts Briand in dieser Versammlung vorteilhafter gewesen sei, als die Opposition glauben machen wollte. Man erwartet nach Schluß der Geheimsitzungen eine Mehrheit für die Regierung. Auch in den Pariser Blättern kann man eine leichte Entspannung der Situation feststellen. Offenbar fürchtet die Opposition, daß sie mangelsgeeigneter Persönlichkeiten nicht zum Ziele kommen kann, und schon macht sich das Verlangen bemerkbar, daß, wenn man Briand jetzt nicht stürzen kann, die Zeit auch nicht mit parlamentarischen Kämpfen verzettelt werden dürfe.

•

Nivelles angebliche Pläne.

Einem Pariser Bericht der „Nowoje Wremja" läßt sich entnehmen, daß General Nivelle, der in militärischen Kreisen der Entente als glänzender Militärtheoretiker und -praktiker bekannt ist, für seinen neuen Posten auch eine ganze Anzahl Pläne mitgebracht hat, die voraussichtlich im laufenden Winter und kommenden Frühjahr zur Ausführung gebracht werden dürften. In erster Linie plant Nivelle einen starken Vorstoß im Maasgebiet, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß dieser Offensivversuch nur zur Verschleierung eines anderen überraschend geführten Offensivstoßes im Raume von Verdun unternommen werden wird. Mit einiger Bestimmtheit sind beide Unternehmungen zu erwarten. Der Korrespondent berichtet dann weiter von umfangreichen Geschützkonzentrationen und der Aufstellung von zwölf neuen Fliegergeschwadern. Man müsse sich auf eine Winterschlacht an der französisch-englischen Front in jedem Falle gefaßt machen. In den in Frage kommenden militärischen Kreisen rechnet man mit Sicherheit, daß die kommenden Schlachten in Frankreich den Gegner das Gesetz des Handelns aus der Hand winden werden. Die außerordentlich gespannten Erwartungen gegenüber den neuen Maßnahmen bes als sehr energisch und draufgängerisch bekannten neuen Oberkommandierenden schwächten das Interesse für das Friedensangebot merklich ab. Es komme dem Kabinett Briand außerordentlich zustatten, daß der Friedensvorschlag der Zentralmächte nach der Ernennung Nivelles zum Oberkommandierenden und Lyanteys zum Kriegsminister der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Nunmehr erhofft die französische Oeffentlichkeit bis zum nächsten Friedensangebot, das möglicherweise von der Entente ausgehen würde, die Kriegskarte um ein nicht wesentliches Stück zu verändern.

Feindliche Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht

vom 21. Dezember nachmittags. Verhältnismäßig ruhige Nacht auf der ganzen Front.

Abendbericht: Der Feind hat unsere Linien im Abschnitt von Louvemont und Bauf heftig beschossen. Unsere Artillerie hat geantwortet. Andere ziemlich lebhafte Geschützkämpfe haben an verschiedenen Stellen der Front stattgefunden. Zwischen Berry-au-Bac und Reims ist ein feindlicher Gasapparat durch unser Feuer zerstört worden.

Englischer Heeresbericht

aus Mesopotamien vom 21. Dezember. Westlich von Shairan-Shannon, am Knie des Tigris wurde am 20. Dezember eine Erkundung vorgenommen. In den letzten Tagen wurden die feindlichen Stellungen bei Sannagat und Kut-el-Amara sowie der Schiffsverkehr des Feindes westlich davon mit befriedigendem Ergebnis beschossen. Die Brücke über den Hai-Fluß, nahe bei seiner Mündung in dem Tigris, wurde durch unser Feuer zerstört.

Italienischer Heeresbericht

vom 21. Dezember: Die Besserung der Witterungsverhältnisse gestattete gestern größere Tätigkeit der Artillerie und der Flugzeuge. Auf der Tridentiner Front heftige Artilleriekämpfe in Gegend des Etschtales und auf der Hochfläche von Asiago. Feindliche Flugzeuge versuchten Angriffe auf unser Gebiet. Ueberall wurden sie durch Schüsse unserer Abwehrbatterien abgewiesen. Auf der julischen Front war die feindliche Artillerie in Gegend von Plava (mittlerer Isonzo) östlich von Vertoibizza und gegen bewohnte Teile vor Görz und Monfalcone stark tätig. Unsere Batterien erwiderten kräftig und trafen mehrmals in das feindliche Lager von Comeno. Unsere Flugzeuge bewarfen den Bahnhof von Dornberg im Frigido-Tal (Wippach) und die rückwärtigen Verbindungen des Feindes auf dem Karst. Trotz des Feuers zahlreicher feindlicher Batterien kehrten unsere Maschinen zu ihren Stützpunkten zurück.

England.

Englische Ernährungsmaßnahmen.

c. B. Haag, 22. Dezember. Der neue englische Landwirtschaftsminister gab gestern im englischen Unterhause eine Uebersicht über die neuen Maßnahmen zur Förderung der Lebensmittelerzeugung. Dazu gehören Einsetzung eines Ausschusses zur zwangsweisen Regelung des Anbaues von bestimmten Früchten, Uebernahme der Ernteerzeugnisse zu festen Preisen von der Regierung, Beschlagnahme von Ländereien und Bearbeitung von Brachland usw. Die „Times" melden, daß die englische Industrie in kurzem noch stärker als bis jetzt im Steinkohlenverbrauch beschränkt und auf bestimmte Mengen gesetzt werden soll im Interesse der Munitionsfabriken, der Eisenbahnen und der Schiffahrt. Man nimmt an, daß die Brauereien und die Schnapsbrennereien sofort stillgelegt werden. Der parlamentarische Vertreter des Handelsamtes teilte im Unterhause mit, daß von 1. Januar ab der Personenverkehr auf den Eisenbahnen stark eingeschränkt werde, weil die Eisenbahnen in England und Frankreich wichtigere Aufgaben zu erfüllen hätten. Gleichzeitig wird eine Erhöhung der Tarife für Personenbeförderung um 50 Prozent stattfinden.

•

Verschärfung der englischen Blockade.

T. U. Haag, 22. Dezember. Der englische Ministerrat wird in den nächsten Tagen eine Reihe neuer Maßnahmen zur Verschärfung der Blockade Deutschlands beschließen, insbesondere die Verstärkung des Druckes auf Holland und Skandinavien.

Rußland.

Ueberreichung der deutschen Friedensnote an Rußland.

Basel, 22. Dezember. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, hat der Botschafter der Vereinigten Staaten gestern dem Ministerium die Note der deutschen Regierung überreicht.

•

Ministerwechsel in Rußland?

Kopenhagen, 22. Dezember. Die Zeitung Rußkija Wjedomosti erfährt aus guter Quelle, daß man in den leitenden politischen Kreisen die Stellung des Ministeriums Trepow für unhaltbar betrachtet, seitdem auch der Reichsrat, der mit großer Mehrheit verschiedene Reformen sowie ein Ministerium gefordert hatte, welches das Vertrauen des Volkes besitzt, zu ihm in Opposition getreten sei. Die Gerüchte, daß Protopopow binnen kurzem die Leitung der Regierung übernehmen werde, erhält sich.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die „Deutschland" ohne Schuld an dem Zusammenstoß.

Köln, 22. Dezember. Nach einem Privattelegramm der Kölnischen Zeitung aus Washington vom 19. Dezember veröffentlicht die amtliche Untersuchungskommission, welche die Schuld an dem Unfall bei der Ausfahrt der Deutschland aus dem Hafen von New London feststellen sollte, jetzt ihren Bericht. Darin heißt es: „Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Deutschland sorgsam und richtig vom Kapitän König gesteuert wurde, als sich der Zusammenstoß mit dem Schlepper Scott ereignete, und daß Kapitän König alles tat, was in seiner Macht war, um das Unglück abzuwenden und ebenso alle notwendigen Anstrengungen machte, um die Mannschaft des Schleppers zu retten. Offenkundig schoben sich aber die beiden Schiffe so schnell zusammen, daß der Schlepper sofort sank." Die Ursache des Unglücks war ein falsches Flaggensignal, das Kapitän Gurney vom Schlepper Scot gegeben hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19161223019/fragment/page=0003

(Wiederholt. Bereits im größten Teile der gestrigen Abendauflage enthalten.)

16 Schiffe in den letzten 24 Stunden versenkt.

Berlin, 22. Dez. Nach den bisher eingegangenen Nachrichten sind in den letzten 24 Stunden 16 Schiffe mit einem Gehalt von 22 000 Tonnen versenkt worden, darunter 10 feindliche Schiffe.

U 46 gesunken?

Berlin, 22. Dez. Nach hierher gelangten Meldungen soll das deutsche U-Boot 46 von feindlichen Seestreitkräften im Meerbusen von Biscaya zum Sinken gebracht worden sein. Eine amtliche Meldung liegt hier noch nicht vor.

Deutsches Reich.

Im Zeichen des Burgfriedens

veröffentlicht die „Kreuzzeitung" einen Artikel, dessen Tendenz schon in der Ueberschrift „Auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft" kenntlich ist. Selbstverständlich ist es das Recht des konservativen Blattes, eine Parlamentsherrschaft zu verabscheuen; aber darüber hinaus wirft es der demokratischen Mehrheit des Reichstages vor, bei der Erledigung des Hilfsdienstgesetzes die Not des Vaterlandes dazu benutzt zu haben, zunächst einmal für sich selbst zu sorgen und den eigenen Machthunger zu befriedigen. Außerdem habe es noch besonderer Lockmittel bedurft, um den Reichstag dem „Alarmruf Hindenburg" (mit dem Namen Hindenburg wird in diesem Artikel überhaupt ein sehr unangenehmer Mißbrauch getrieben) gefügig zu machen. Diese Lockmittel sind angeblich das Gesetz über den Belagerungszustand, die Schutzhaft und die Erhöhung der Kriegsbeihilfen. Das konservative Blatt behauptet, daß die Verhandlungen des Reichstags vom 29. und 30. November das Gegenteil eines großen Eindrucks gemacht haben. Diese Tage seien kein Ehrenblatt in der Geschichte des deutschen Reichstags, selbst wenn man von den „herostratischen Leistungen unserer Bergpartei" absehe. Das Wort „Kuhhandel" wird wiederholt gebraucht; dann wird von einem sich selbst überhebenden „Byzantinismus vor dem König Demos" gesprochen, es wird gesagt, daß aus einer lapidaren Lebensfrage unseres Volkes ein wenig schöner Tanz um das goldene Kalb geworden sei.

Ausland.

Zum Ministerwechsel in Oesterreich.

c. B. **Haag**, 22. Dezember. Zu der Meldung, daß mit Graf Clam-Martinitz eine Reihe von Gesinnungsgenossen aus dem Wahlausschuß des konservativen Großgrundbesitzes ausgetreten sei, erfährt die „Bohemia" von unterrichteter Seite: Der jetzige Ministerpräsident hatte schon im Laufe des ersten Kriegsjahres unter dem Eindrucke der Erfahrungen an der Front eine scharfe Verurteilung der bekannten Vorgänge durch die Partei, deren Obmann er ebenso wie der der Rechten des Herrenhauses war, gefordert und im Falle der Ablehnung mit dem Rücktritt gedroht. Es gelang damals, ihn zu beschwichtigen. Bei seiner Berufung in das Ministerium Körber nahm er seine Ansichten wieder auf. Die angeführten Aeußerungen sollten im Rahmen einer Trauer- und Huldigungskundgebung anläßlich des Thronwechsels getan werden, waren aber in dieser Form von der Mehrheit des Wahlausschusses abgelehnt worden. Daraufhin traten mit dem Obmann Grafen Clam-Martinitz unter anderen folgende Mitglieder aus: Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Windisch-Grätz, Graf Josef Nostitz, Graf Menstorf, Ulm und Baron von Senftenberg. Die Mehrheit des Wahlausschusses besteht aus Vertretern der kleineren Gruppen tschechischer Abstammung und einigen Adligen. Hinter dem Grafen Clam-Martinitz stehen dagegen die hervorragendsten Persönlichkeiten des böhmischen Adels, so daß die Tragweite dieser Ansage immerhin von großer Bedeutung für die Stellungnahme des böhmischen Adels zum tschechischen Volke sein dürfte.

Rücktritt des spanischen Kammerpräsidenten.

Von der schweizerischen **Grenze**, 22. Dezember. Wie die Agentur Radio aus Madrid meldet, hat der Präsident der Kammer sein Amt niedergelegt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 23. Dezember 1916.

Eisernes Kreuz.

Gefreiter Hermann Kehr, früher in einem Kür.-Regt., erwarb sich an der Somme das Eiserne Kreuz. Er ist der jüngste Sohn des Klempnermeisters Hermann Kehr, Glaucharerstraße 11.

Eine Erhöhung der Knappschaftsrenten hat mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember der Hallische Knappschaftsverein vorgenommen; sie beträgt für Invaliden 5 Mark, für Witwen 4 Mark, für Waisen 75 Pfennig.

Von der Universität. Dem ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät D. Lütgert ist der Charakter als Geheimer Konsistorialrat, dem außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät Dr. Bunge als Geheimer Medizinalrat, dem Privatdozenten in derselben Fakultät Professor Dr. Koerner als Geheimer Sanitätsrat und den ordentlichen Professoren in der philosophischen Fakultät Dr. Brockelmann und Dr. Walther als Geheimer Regierungsrat verliehen worden.

Verbandstag der preußischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine. Der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine e. V. veranstaltet am Sonntag, den 4. und Montag, den 5. Februar, in Halle einen außerordentlichen Preußischen Landesverbandstag. Den Hauptgegenstand der Beratung bildet der neue Wohnungsgesetzentwurf.

Kunst und Wissenschaft.

Hermann Bachmann, der Chefredakteur der „Vossischen Ztg.", vollendet am Donnerstag sein 60. Lebensjahr. Nachdem er in Pilsen, Wien und München journalistisch tätig gewesen war, trat er, der von Geburt Deutschböhme ist, vor nun bald 25 Jahren in die Redaktion der „Vossischen Zeitung" ein, deren Leitung seit dem 1. Oktober 1900 in seinen Händen liegt. Weit über die Kreise seiner Berufsgenossen hinaus genießt er großes Ansehen.

Provinzial-Nachrichten.

Schraplau, 22. Dez. (Auszeichnung.) Der Unteroffizier Karl Schmidt aus Schraplau erhielt am 11. Dezember das Eiserne Kreuz an der Somme für tapferes Verhalten vor dem Feinde. Er ist der Sohn des Invaliden Ernst Schmidt.

Klostermansfeld, 22. Dez. (Kupferhehlerei.) Im Oktober d. J. hatte der Altwarenhändler Gottfried Schneider in Klostermansfeld 517 Kilo Messing und Kupferbarren (zehn Säcke), die der Mansfeldischen Gewerkschaft gestohlen waren, an den Altwarenhändler Wilhelm Bischoff in Helbra verkauft für 782 Mark. Bischoff hatte die Metalle wieder nach Sangerhausen verkauft mit 40 Pfennig Verdienst je Kilogramm. Beide Händler befinden sich deshalb in Haft. Nach der Beweisaufnahme wird Schneider, der sich noch wegen Hehlerei im Rückfalle befindet, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, Bischoff erhält wegen einfacher Hehlerei 6 Monate Gefängnis.

Wittenberg, 22. Dez. (Erhöhung des Gaspreises.) Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschloß eine Erhöhung des Gaspreises von 14 auf 17 Pfennig vom kommenden Jahre an.

Roßlau, 22. Dez. (In Wallwitzhafen) liegen über 20 beladene Fahrzeuge mit Zucker, die der Ausladung harren; sämtliche Schiffer erhalten hier wegen Wagenmangel Liegegeld. Der Transportverkehr auf der Mittelelbe ist außer wenigen Salzladungen sehr flau; dasselbe ist vom Stückgutverkehr zu melden. Die Kähne von der Oberelbe kommen infolge des günstigen Wasserstandes mit Vollschiffigkeit an. Von der Saale aus hat sich der Verkehr etwas gehoben. Die Schiffseigner warten auf das Einlagern von Getreide, das demnächst bevorsteht.

Preußlitz, 22. Dez. (Treibjagd.) Gestern fand im Jagdreviere des Rittergutsbesitzers Meyer hier eine Treibjagd statt, bei der von etwa 30 Schützen 267 Hasen geschossen wurden. Die Strecke verblieb im Orte.

÷ **Menselwitz**, 22. Dez. (Verdoppelung der Kohlensteuer.) Nachdem der Landtag die Regierungsvorlage, betr. die Erhöhung der Kohlensteuer um 100 Prozent, angenommen hat, müssen die im Herzogtum Sachsen-Altenburg gelegenen Braunkohlenwerke nunmehr jährlich über 170 000 Mark als Sondersteuer zahlen.

Freyburg, 22. Dez. (Verschiedenes.) Der Kreisausschuß gewährte allen Kreiseinwohnern mit Rücksicht auf die Festtage eine einmalige Zuckerzulage von 400 Gramm. — Auf der hiesigen Polizeiwache wurde seitens der Stadt an arme Leute ein Faß Heringe, das Stück zu 25 Pfennig verkauft.

δ **Greiz**, 22. Dez. (Liebe zur Heimat) jenseits des Ozeans. Durch Vermittelung eines deutschen Bankgeschäfts hat dem hiesigen Oberbürgermeister der Ausschuß der Sammlung für Kriegsnotleidende von Greiz und Umgebung in Passaic 1400 Doll. zur Verteilung überwiesen.

Leimbach, 22. Dez. (Jagdunfall.) Bei der am Dienstag stattgefundenen Jagd auf Amt Leimbach wurde der 11jährige Ernst Oertel von einem Jagdteilnehmer durch sechs Schroten am Oberschenkel verwundet.

Erfurt, 22. Dez. (Die „elegante Aufmachung".) In der „Tageszeitung für Nahrungsmittel" bietet, wie wir dem „Türmer" entnehmen, eine Firma in Bischleben an: „Sonngläser, eckige Form mit abgerundeten Kanten ohne Inhaltsbezeichnung, zirka ¾ Pfund Inhalt, für den Verkauf als ½ Pfund-Glas, da groß aussieht, elegante Aufmachung" usw. Dem Verkäufer kommt es weniger auf die elegante Form der Gläser an als darauf, wieviel darin ist. Wer ¾ Pfund als 1 Pfund verkauft, betrügt, und wer Inserate wie das vorstehende erläßt, läuft Gefahr, wegen Verleitung zum Betrug bestraft zu werden.

Letzte Depeschen.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Berlin, 22. Dezember. Amtlich.) Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet.

Die belgischen Arbeitslosen in Deutschland.

WTB. **Berlin**, 22. Dezember Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt unter der Ueberschrift: Belgische Arbeitslose in Deutschland: In der Ententepresse und in den von unseren Gegnern bedienten Zeitungen des neutralen Auslandes sucht man immer wieder den Anschein zu erwecken, als würde bei der Auswahl der für die Wegführung nach Deutschland in Betracht kommenden belgischen Arbeitslosen rücksichtslos verfahren. Es ist ja bei einer so einschneidenden und umfassenden Maßregel nicht zu vermeiden, daß gelegentlich ein Irrtum mit unterläuft, aber die zuständigen Behörden haben es sich zur Pflicht gemacht, alle Reklamationen eingehend und auf das Gewissenhafteste zu prüfen. Allen nur irgendwie als berechtigt anzuerkennenden Reklamationen wird Folge gegeben und die in Betracht kommenden Personen sind ohne Ausnahme unverzüglich und mit allen ihnen nach der Lage des Falles gebührenden Rücksichten nach Belgien zurückbefördert worden.

Holland und die bewaffneten englischen Handelsschiffe.

WTB. **Rotterdam**, 22. Dezember. Der Nieuwe Rott. Cour. meint, die Bemerkung Sir Robert Cecile, daß es einen unangenehmen Eindruck in England gemacht habe, daß Holland keine bewaffneten Handelsschiffe in seinen Häfen zulassen wolle, habe in Holland einen einigermaßen sonderbaren Eindruck machen müssen, da England die Entscheidung der holländischen Regierung seit Jahr und Tag bekannt seien. Das Blatt erwartet, daß, falls die englische Regierung einen Druck ausüben wollte, um das neue Hafenregime zu ändern, die holländische Regierung an ihrem Entschluß festhalten werde.

Oesterreich-ungarischer Ministerwechsel.

WTB. **Wien**, 22. Dezember. Die morgige Wiener Zeitung veröffentlicht Allerhöchst handschreiben an den Prinzen Hohenlohe, an Baron Burian und an den Grafen Zcernis. Prinz Hohenlohe wird unter dem Vorbehalt, ihn wieder im Dienst zu verwenden, von dem Amt eines gemeinsamen Finanzministers enthoben. An seine Stelle tritt Baron Burian, der bisherige Minister des Aeußern, dem für seine bisherige Amtsführung die volle Anerkennung und der besondere Dank des Kaisers zuteil wird. Gleichzeitig wurden ihm die Brillanten zum Großkreuz des St. Stephanordens verliehen. Graf Zcerns erhielt seine Ernennung zum Minister des Aeußern unter gleichzeitiger Betrauung mit dem Vorsitz im gemeinsamen Ministerrat.

Die englischen Verluste.

London, 22. Dezember. Die Verlustlisten vom 20. und 21. Dezember enthalten die Namen von 53 Offiziere und 4620 Mann.

Die Schwierigkeit der portugiesischen Truppentransporte.

Genf, 22. Dezember. Ernstliche Schwierigkeiten bestehen für den Transport der portugiesischen Truppen an die französische Front. Der Landweg ist wegen der Neutralität Spaniens unmöglich. Die englische Diplomatie sondiert deshalb in Madrid. „Le Temps" bringt eine Erklärung, daß bisher englische Transporte aus Lissabon nicht erschienen seien.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Devisenkurse.

Berlin, 22 Dezbr. 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorriger Tag Geld	Vorriger Tag Brief
New York	1 Doll.	5.52	5.54	5.62	5.64
Holland	100 fl.	238 3/4	239 1/4	238 3/4	239 1/4
Dänemark	100 Kr.	163	163 1/4	163	163 1/4
Schweden	100 Kr.	171 3/4	172 1/4	171 3/4	172 1/4
Norwegen	100 Kr.	165 1/4	165 3/4	165 1/4	165 3/4
Schweiz	100 Fr.	116 3/4	117 1/4	116 3/4	117 1/4
Wien	100 K.	63.95	64.05	63.95	64.05
Budapest					
Bulgarien	100 Leva	79.50	80.50	79.50	80.50

Getreide.

Berlin, 22. Dezember. Infolge des starken Frostes der letzten Tage ist die Zufuhr von Rüben ganz ins Stocken geraten, sodaß von einem regelmäßigen Geschäft nicht die Rede sein konnte. Der Begehr der Nährmittelfabriken von Hafer gegen Bezugsscheine ist in den letzten Tagen etwas stärker geworden. Der Handel mit Heu und Stroh leidet hauptsächlich unter den anhaltenden Verkehrsschwierigkeiten. Am Saatenmarkt dauert das Interesse für Kleesaat fort. Wetter: Mild.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1916 entspricht demjenigen von 1915 im wesentlichen, so daß auch die gleiche Dividende (6 Prozent) in Aussicht genommen werden kann.

Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein in Osnabrück. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 5 Prozent für die Stammaktien und auf 7 Prozent für die Vorzugsaktien fest. Ueber die Aussichten teilte die Verwaltung mit, daß die bisherigen Monate des laufenden Jahres günstig abgeschlossen hätten. Die Selbstkosten wären aber fortgesetzt im Steigen begriffen und auch die Abnutzung der Werke sei infolge der starken Inanspruchnahme eine über Erwarten große. Alle Abteilungen seien fast ausschließlich für Heeresbedarf beschäftigt. Auf eine Anfrage bemerkte die Verwaltung, daß es nicht möglich sein werde, auf der Abteilung Piesberg in absehbarer Zeit den Bergbau wieder einzuführen, da die Frage des Grubenwassers eine befriedigende Lösung zurzeit nicht finden könne und es selbst bei beschränktem Bergbau nur zweifelhaft sei, ob eine kleinere Anlage die Zustimmung der Landespolizeibehörde finden werde.

Zuckerraffinerie Tangermünde. Die abgehaltene Generalversammlung genehmigte die Auszahlung der Dividende von 15 Prozent und wählte an Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Schwengers Herrn Wilhelm Schwengers in Uerdingen neu in den Aufsichtsrat. Die Gesellschaft hat in dem am 30. September d. Js. abgeschlossenen Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuß erzielt von 3 557 519 (i. V. 3 954 760) ℳ. Dazu treten Beteiligungen 22 760 (10 500) ℳ, Mieten 31 385 (18 087) ℳ, Zinsen 286 426 ℳ (i. V. wurde ein Gewinn auf Effekten von 0675 ℳ verrechnet), so daß zuzüglich 21 258 (130 778) ℳ Vortrag ein Gesamtgewinn von 3 919 350 (4 120 801) ℳ sich ergeben hat. Nach Abzug der Unkosten und eines Kursverlustes von 383 912 (0) ℳ und 535 000 (336 898) ℳ Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 2 102 869 (3 126 499) ℳ. Davon werden 100 000 ℳ zu Rücklagen, 150 000 ℳ zu Wohlfahrtszwecken, 1 320 000 ℳ als Dividende, 96 894 ℳ zu Tantiemen und 35 976 ℳ zum Vortrag auf neue Rechnung verwendet. Außerdem werden 400 000 ℳ zur Einzahlung weiterer 20 Prozent auf die im Jahre 1915 ausgegebenen 2 Mill. Mark neuer Aktien verwendet. Da 40 Prozent bereits eingezahlt waren und restlichen 40 Prozent am 18. d. Mts. eingefordert sind, so nehmen die neuen Aktien nach Beschluß der Versammlung bereits an der Dividende des Geschäftsjahres 1916/17 teil. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Jahr 3 116 000 (2 816 400) Zentner Rohzucker verarbeitet.

Eine Ergänzung des Kriegssteuergesetzes. Die vom Reichstag und Bundesrat beschlossene Ergänzung des Kriegssteuergesetzes wird nunmehr im Reichsanzeiger" veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut: Einziger Paragraph. Dem § 6 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 561) werden folgende Absätze 2 und 3 beigefügt: Ferner sind noch nicht fällige Ansprüche aus während des Veranlagungszeitraums eingegangenen Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen mit der vollen Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeträge anzusetzen, falls die jährliche Prämienzahlung den Betrag von 1000 Mark oder die einmalige Kapitalzahlung den Betrag von 3000 Mark übersteigt. Der vor dem 31. Dezember 1916 auf die Abgabe vorausbezahlte Betrag (§ 31) tritt dem auf 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen hinzu.

Motorenfabrik Oberursel, Akt.-Ges. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß das Aktienkapital um 2½ Millionen Mark auf 4½ Millionen Mark zu erhöhen. Der Vorsitzende begründete den Antrag damit, daß das Werk infolge der bedeutenden Ausdehnung eine Reihe von Neubauten vornehmen müsse. Das Grundkapital soll durch Neuausgabe von 1125 Stück Stammaktien und 1125 Stück Vorzugsaktien erhöht werden. Die Stamm- und Vorzugsaktien werden unter den üblichen Bedingungen dem Bankhause Strauß & Co. in Karlsruhe überlassen, jene sind zu 100 Prozent zuzüglich 5 Prozent Stückzinsen vom 1. April 1916 plus ½ Schlußnote gegen zwei alte Aktien beziehbar, diese unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre zu pari plus 5 Prozent Stückzinsen vom 1. April 1916 bis zum Zahlungstage. Die Vorzugsaktien werden zunächst nur mit 25 Prozent eingezahlt.

Prestowerke, Akt.-Ges., in Chemnitz. Nach Abschreibungen von 599 865 (i. V. 416 853) Mark verbleibt ein Reingewinn von 866 772 (749 131) Mark. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, aus diesem Reingewinn eine Dividende von 12 (i. V. 10) Prozent zu verteilen, 100 000 Mark zur Bildung einer Sonderrücklage, 150 000 Mark zur Unterstützung für Arbeiter und Beamte zu verwenden, wieder 300 000 Mark der Kriegssteuerreserve zuzuführen, 53 963 Mark als Vergütung an den Vorstand und Aufsichtsrat zu zahlen und 22 809 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Der bisherige Verlauf des neuen Geschäftsjahres ist befriedigend gewesen, die vorliegenden Aufträge sichern dem Werke auf Monate hinaus volle Beschäftigung.

Elbe, 22. Dezbr.

Aussig	+0.55	Roßlau	+1.31
Dresden	−1,10	Barby	+1.41
Torgau	+1,64	Schönebeck	+1,30
Wittenberg	+2.26	Magdeburg	+1.17

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: J. V.: Hans Ratonek; für Musikkritik: Siegfried Dyck; Letzte Nachrichten: Hans Ratonek; für den Anzeigenteil: Kurt Müller. Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19161223019/fragment/page=0004